critica

Zeitung von Die Linke.SDS
(Sozialistisch–Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 29 / 2022

GENUG IST GENUG!

Droht wieder die Online-Uni? S. 2-3

Gaskonzerne enteignen
Für eine soziale und nachhaltige Versorgung
S. 5

Künstliche Intelligenz
Gefahr der Aufrüstung und Überwachung
S. 6-7

Welt ohne Krieg?
Warum es im Kapitalismus keinen Frieden gibt
S. 16-17

*Liebe*r Leser*in,*

unsere letzte Ausgabe haben wir dem Thema »Frieden« gewidmet. Auch heute, ein Semester später, ist ein Ende des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine nicht in Sicht. Während die Bundesregierung fleißig Waffen liefert und das Feuer weiter schürt, spüren wir die Auswirkungen des Krieges aufgrund steigender Kosten auch hier in Deutschland. Wir blicken in eine ungewisse Zukunft und wissen nicht, was uns in den nächsten Monaten erwartet. Eines ist klar: So kann es nicht weitergehen! Es muss sich endlich Protest regen.

Wir werfen in dieser Ausgabe einen Blick auf die prekäre soziale Lage von Studierenden und ordnen die Entwicklungen an den Unis seit der Bologna-Reform vor 20 Jahren ein. Zudem widmen wir uns den Auswirkungen des Ukrainekrieges und erläutern, welche Gefahr von KI-gestützten Waffensystemen ausgeht. Mit Berichten über die »*Enough is Enough*«-Protestbewegung aus Großbritannien und den Arbeitskampf von Twitch-Streamer*innen möchten wir Perspektiven aufzeigen, wie wir Licht ins Dunkle bringen und unseren Stimmen Gehör verschaffen können. Eine erhellende Lektüre wünscht

das critica-Redaktionskollektiv

Folgt uns auf Instagram & Twitter: @critica_zeitung

www.critica-zeitung.de

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr. 29/2022, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Redaktion: Marlen Borchardt, Felix Diener, Joschka Fuchs, Marte Henningsen, Kilian Fürstenau, Lukas Geisler, Mara Günzel, Rita Kavali, Lea Klingberg, Ronja Kunz, John M., Sara Meister, Moritz Menzel, Nam Duy Nguyen, Michael Sappir, Lena-Johanna Schmidt, Fiona Schwindt, Karla Zierold

Layout: Pia Chwalczyk

Illustrationen: Pia Chwalczyk

Cover: Pia Chwalczyk

Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg

ViSdP: Jary Jaben Koch, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Anzeigen und Bestellungen: critica@linke-sds.org

www.linke-sds.org

ISSN 2751-9902

Leerer Hörsaal, kalte Dusche?

Die Unis müssen Strom sparen, es drohen wieder Online-Seminare. Wir Studierende müssen also die verfehlte Energiepolitik ausbaden, während Konzerne Rekordgewinne einstreichen. Dagegen muss sich endlich Protest regen, finden Moritz und Lea.

Der Winter wird hart für Studierende. An nahezu allen deutschen Hochschulen werden Gespräche über mögliche Energiesparmaßnahmen geführt, an vielen wurden bereits erste umgesetzt: Eingeschränkte Betriebszeiten der Bibliotheken und Mensen, reduzierte Heiztemperaturen in Hörsälen und abgeschaltete Außenbeleuchtung am Campus. Von Seiten der Universitäten wird versichert, dass es keine Einschnitte zu Lasten der Studierenden geben wird. Nun stehen aber sogar komplette Schließungen zur Debatte. Dabei wurde der Präsenzbetrieb auch im letzten Sommersemester gar nicht flächendeckend wieder aufgenommen. Studierende leiden darunter: Psychische Erkrankungen nehmen seit den Lockdowns zu, psychologische Beratungsstellen sind an vielen Hochschulen überlastet. Es droht wieder die Online-Uni; dieses Mal aber nicht wegen Corona, sondern aufgrund der steigenden Energiepreise.

»Macht mit und friert für uns!«

Auch die Studierendenwerke, die die Wohnheime und Mensen betreiben, rufen ihre ca. 200.000 Bewohner*innen mit der mäßig sympathischen »#MyEnergyChallenge« auf Social Media zur Mithilfe auf. Durch gegenseitiges Herausfordern zum kälteren, kürzeren Duschen oder dem Verzicht aufs Haare föhnen soll Energie gespart werden. Dabei sendet die »Challenge« ein so unmissverständliches wie erschreckendes Signal an die Studierenden: »Macht mit und friert für uns, sonst müssen wir leider die Miet- und Mensapreise anheben.«

Bereits vor der Pandemie waren über 30 Prozent der Studierenden in der BRD von Armut betroffen, bei den Alleinlebenden sogar fast 80 Prozent (mehr dazu auf S. 9). Das mittlere Einkommen der Studierenden lag schon 2020 mit 802 Euro deutlich unter der Armutsgrenze von 1.266 Euro. Obwohl wir es uns eigentlich nicht leisten können, müssen wir nun ausbaden, dass unsere Regierung seit Jahrzehnten versäumt hat, nachhaltige Energiepolitik zu betreiben, und sich in einem ungeheuren Maß von russischen Gaslieferungen abhängig gemacht hat. Statt eine kollektive Lösung zu finden, wird wieder einmal an unsere individuelle Verantwortung appelliert. Dabei ist klar, dass wir mit einer kalten Dusche ein solches politisches Versagen wohl kaum wieder ausgleichen können. Denn für die meisten von uns gab es schon vor der Krise kaum Potenzial zum Sparen – weder von Geld noch Strom.

Kapitalismus ist kein Naturgesetz

Leider hat es jedoch System, dass nun die anpacken müssen, die wenig zur jetzigen Situation beigetragen haben. Der Grünen-Wirtschaftsminister Habeck möchte offensichtlich vermeiden, die zur Kasse zu bitten, die von der Krise profitieren. Denn anders als uns aus Regierungskreisen suggeriert wird, wird es nicht für alle teurer. Bei manchen Energiekonzernen knallen die Korken, es werden Rekordgewinne verzeichnet (siehe S. 10-11). Angesprochen auf

Illustration: Pia Chwalczyk

die irrsinnige Gasumlage, die statt der Krisengewinner*innen nun die Verbraucher*innen zur Kasse bitten soll, erteilte eine Sprecherin des Ministeriums die Auskunft, dort sei man der Auffassung, »dass ein Unternehmen auch Gewinne machen muss«. Es handelt sich um eine bewusste Politik der Umverteilung – von Unten nach Oben.

Es ist richtig, dass Unternehmen heute Gewinne machen müssen, um am Markt bestehen zu können. Das ist aber kein Naturgesetz, sondern, wie Karl Marx schon vor mehr als 150 Jahren feststellte, das Gesetz des Kapitalismus. Während viele Menschen ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können, werden die Profite der Konzerne geschützt. Unsere Energieversorgung ist von Unternehmen in privater Hand abhängig. Selbst in einer Marktwirtschaft war das nicht immer so und muss auch nicht so sein. Es käme uns allen zugute, wenn die Energiekonzerne vergesellschaftet würden (siehe S. 5).

Politik für Konzerne und Banken

Denn heute sind es einige Wenige, die sich mit den Früchten der Arbeit die Taschen voll machen können, die viele andere Menschen gemeinschaftlich geleistet haben. Sie stehen an den Spitzen der Unternehmen und treffen Entscheidungen, die unser Leben zutiefst beeinflussen, ohne dass wir mitreden können. Genau diesem Profitstreben muss die Politik Einhalt gebieten, denn es trägt nicht zum Wohl der Gesamtgesellschaft bei. Tatsächlich geschieht das Gegenteil. Denen, die keine Firmenanteile oder Immobilien haben, werden Schranken gesetzt, während einige wenige weiter Geld anhäufen dürfen.

Es geht der Regierung nicht um Entlastung für die, die es nötig haben. Die FDP ist eine armenfeindliche Partei, die mit Vehemenz die längst widerlegte These vertritt, jede*r sei des eigenen Glückes Schmied. In der Realität wird sozialer Aufstieg nachweislich immer seltener. Die beiden größeren Partnerinnen der Ampel sind angeblich linke Parteien. Doch davon nahmen sie spätestens bei ihrem Gemeinschaftsprojekt *Agenda 2010* Anfang der 2000er Jahre Abschied. Im Zuge dieser bauten sie den größten Niedriglohnsektor Europas auf. Unsere Regierung betreibt Politik für Konzerne, Banken und Besserverdienende. Dass in den »Entlastungspaketen« diejenigen mit höherem Einkommen mehr bekommen als die, die es bitter nötig hätten, rundet das verstörende Bild ab.

Wir brauchen soziale Proteste!

Wir brauchen keine Schein-Entlastung, die wie ein Tropfen auf dem heißen Stein verpufft, während die Preise für Wohnen, Essen und Leben explodieren und 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr ausgegeben werden. Wir brauchen eine Politik, bei der es ans Eingemachte geht: An die Profite der Konzerne, an ungerecht verteilte Reichtümer und Lasten der Krise. Das System, in dem einige Wenige entscheiden können, was mit dem Wohlstand geschieht, der uns allen zusteht, schadet uns und ist mit einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar. Wir brauchen den heißen Herbst der sozialen Proteste, um den Regierenden zu zeigen, dass wir diese Scheinheiligkeit nicht mehr hinnehmen. Wir brauchen einen Zusammenschluss derer, die sich für das gute Leben der 99 Prozent einsetzen, aus Klima- und Friedensbewegung, von Antirassist*innen, Feminist*innen, Gewerkschaften und Linken. Wir müssen laut und unbequem sein. Denn ohne Druck von Unten wird die Umverteilung nach Oben stetig weitergehen. ★

Lea Klingberg und **Moritz Menzel** studieren und wohnen in Bonn. Die einzigen Waschlappen, die man in ihren WGs findet, sind sie selber.

Foto: by LT Chan on Pexels

Für eine neue Allianz von Straße und Betrieb

Die gesellschaftliche Linke steht in der Verantwortung, den Protest in der sozialen Krise zu organisieren. Wie es die »Genug ist Genug«-Kampagne versucht, schreibt im Gastbeitrag Initiatorin Ines Schwerdtner.

In den kommenden Monaten erwartet uns eine wirtschaftliche und soziale Krise, wie wir sie zuletzt 2008/09 erlebt haben. Nach schwierigen Jahren der Pandemie haben Millionen Menschen Angst vor der nächsten Heizkostenabrechnung, der nächsten Mieterhöhung oder davor, den Job zu verlieren.

Für die gesellschaftliche Linke besteht hier eine besondere Verantwortung. Unmut und sozialer Protest müssen von uns kanalisiert und organisiert werden – sonst tun es die Rechten. In den kommenden Wochen kommt es deshalb darauf an, aus der bestehenden Wut etwas zu machen.

Linke tun in dieser Phase das, was sie schon immer getan haben: Sie geben dem Kapitalismus die Schuld an allem und rufen zur nächsten großen Demonstration auf. Das ist für sich genommen nicht falsch, hat aber in den letzten Jahren nie dazu geführt, dass sich breite Massen langfristig für unsere Ziele organisiert hätten. Im Moment ist nicht einmal klar, ob wir ausreichend Leute mobilisieren können, einfach weil der Winter kalt und die Bedingungen hart sein werden. Immer mehr Menschen sind isoliert oder von den politischen Parteien frustriert, die klassischen linksradikalen Aufrufe aktivieren bloß die üblichen Verdächtigen. In der Breite gewinnen wir kaum Menschen dazu. Hinzukommt, dass die Sozialproteste schon jetzt von Regierung und Mainstream-Medien diffamiert werden. Die Startbedingungen sind also denkbar schlecht.

Weshalb wir strategisch umdenken müssen

Trotz aller Widrigkeiten und auch der schwachen Position der gesellschaftlichen Linken gibt es eine historische Chance, dass sich Menschen in dieser Krise auch aktiv gegen die Belastungen wehren. Unsere Aufgabe ist es, unter den gegebenen Bedingungen diejenigen Hebel ausfindig zu machen, die tatsächlich etwas an den Kräfteverhältnissen ändern können.

Deshalb schlagen wir in der »Genug ist Genug«-Kampagne vor, sowohl das alte Muster der Agitation von Kleinstgruppen als auch das Konzept der Großdemo mit den immergleichen Bündnispartnern zu verlassen. Das heißt nicht, dass diese Ansätze komplett falsch wären, aber wir müssen doch feststellen, dass wir mit den üblichen Rezepten nicht größer geworden sind. Im Gegenteil: die Basisbindung an arbeitende Menschen ist eher kleiner geworden. Prekär lebende Menschen fühlen sich weder von der Linken noch von irgendwem sonst vertreten; noch sehen sie, wo sie sich selbst einbringen können, um an ihrer Lage etwas zu verändern.

Verbindung mit gewerkschaftlichen Kämpfen

Wir haben Genug ist Genug deshalb von der britischen »*Enough is Enough*«-Kampagne nach Deutschland geholt, weil sie dort etwas grundlegend anders macht: Es gibt einen organischen Zusammenhang mit denjenigen Gewerkschaften, die sich gerade in Streiks befinden. Auf regelmäßig stattfindenden *Rallys* im ganzen Land sprechen kämpferische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Der Arbeitskampf wird mit einer politischen Bewegung, Forderungen nach Steuern für Reiche und einer besseren Versorgung verknüpft.

Davon profitieren beide Seiten: Denn die politische Linke findet einen Ankerpunkt, während die Gewerkschaften und Beschäftigten für ihre Arbeitskämpfe endlich mehr gesellschaftliche Solidarität erfahren. Indem verschiedene Arbeitskämpfe politisch miteinander verknüpft werden, stellt sich außerdem Klassensolidarität viel praktischer her als auf jedem Blatt Papier.

Arbeitskämpfe bleiben eines der praktischsten Mittel, um Menschen in die Lage zu versetzen, für ihre materiellen Interessen einzustehen. Die Nachricht für diesen Herbst und Winter muss sein, dass es um schnelle Entlastungen, aber auch um die langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen aller geht. Wenn wir es schaffen, die ganz konkreten Interessen der anstehenden Tarifverhandlungen sowohl in der Metallindustrie als auch im öffentlichen Dienst mit größeren politischen Forderungen zu verknüpfen, so können wir auch Studierende, von Armut Betroffene, die Klimabewegung und weitere Teile der Gesellschaft um diesen sozialen Protest gruppieren. Darin besteht die größte Chance. ★

Ines Schwerdtner ist Chefredakteurin des deutschsprachigen *Jacobin* Magazin und Mitinitiatorin der Kampagne »Genug ist Genug!«.

Foto: by the blowup on Unsplash

Energieversorgung sichern: vergesellschaften!

Sollte die Initiative »RWE & Co. enteignen« erfolgreich sein, könnte dies ein bedeutender Schritt zu einer sozialökologischen Wende sein. **Lena** erläutert, wieso wir eine Vergesellschaftung der Energiebranche so dringend brauchen.

Menschen mit geringem Einkommen geben einen größeren Teil des zur Verfügung stehenden Einkommens für Wohnung und Lebensmittel aus als Haushalte mit einem hohen Einkommen. So sind von Armut betroffene Menschen auch stärker von hohen Energie- und Lebensmittelpreisen betroffen. Auch die Auswirkungen des Klimawandels betreffen Menschen mit geringen finanziellen Mitteln stärker. Diese Ungerechtigkeit besteht nicht nur zwischen Haushalten, sondern auch zwischen Staaten. Das Zukaufen von Gas für eine von Russland unabhängige Versorgung führt dazu, dass die Preise explodieren und ärmere Länder den Grundbedarf ihrer Bevölkerung nicht mehr decken können. In Pakistan und Myanmar kam es infolgedessen bereits vermehrt zu Stromausfällen. Der Westen trägt die Schuld am Leid der Menschen im Globalen Süden, das er durch die Versorgungsengpässe sowie durch die Auswirkungen der Klimakrise auslöst. Das zeigt einmal mehr: Klimagerechtigkeit ist nur global möglich.

Die Grundversorgung auf dem Markt

Der Vorstoß zur Gasumlage zeigt, wer laut Regierung die Krise bezahlen soll: Die Menschen, die bereits mit gestiegenen Gaspreisen konfrontiert sind. Dieses Geld fließt in Unternehmen, die auf Gaslieferungen aus Russland gesetzt haben und damit die Versorgung der Bevölkerung gefährden. Um von der Gasumlage zu profitieren, müssen die Unternehmen nicht einmal von Insolvenz bedroht sein. Wo jedoch Unternehmen aus der angespannten Marktlage Profit schlagen, weigert sich die Ampel, diese durch eine Übergewinnsteuer abzuschöpfen.
Energiekonzerne sind auf Profite aus. Es ist nicht in Ordnung, dass die Grundversorgung der Bevölkerung von Märkten und Wettbewerb abhängig ist und von der Bereicherung einiger weniger beeinflusst wird. Wenn die Bevölkerung schon Milliarden in die Gaskonzerne pumpt, wieso erhält sie dann kein Mitbestimmungsrecht? Energiegenossenschaften wie in Marburg oder Schwalm zeigen, dass es sozial und ökologisch sinnvoll ist, wenn Energieproduktion lokal und genossenschaftlich organisiert ist. Die Ziele sind hier zum einen die Mitbestimmung der Bevölkerung an der Energieproduktion, zum anderen eine bedarfsorientierte und ressourcenschonende Energieproduktion.

Demokratisierung der Energieproduktion

Für eine Vergesellschaftung und Demokratisierung der Energieproduktion setzt sich das Bündnis »RWE & Co. enteignen« ein. Die Initiative will die Ausbeutung von Mensch und Natur durch die Energiekonzerne stoppen und Kund*innen und Arbeiter*innen eine demokratische Teilhabe bieten. Energiekonzerne enteignen – klingt wild? Tatsächlich machen Energiekonzerne das mit Privatpersonen ständig, damit die Kohlebagger komplette Dörfer – wie das durch RWE bedrohte Lützerath – vernichten können. Wieso sollte es nicht auch andersherum funktionieren? Die Verfassung bietet in Art. 14 und 15 des Grundgesetzes sogar eine Grundlage für Enteignung und Vergesellschaftung. Darauf beruft sich übrigens auch die erfolgreiche Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« in Berlin.

Die Energiekonzerne sollen etwa in Genossenschaften überführt werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse und die Erfahrung der Arbeiter*innen sollen als Grundlage einer sozialen und ökologischen Energiewirtschaft dienen.

Umverteilung und Umbau

Anstatt jetzt LNG-Terminals und eine dazugehörige fossile Energieinfrastruktur aufzubauen, muss die Energieversorgung durch massive Investitionen in ökologische Energieträger, Netzinfrastruktur und dezentrale Energiesysteme gesichert werden. Die Tarife sollen progressiv gestaltet werden. Das heißt: Preisdeckel für den Grundbedarf, keine Strom- und Gassperren und die Umverteilung der Profite von oben nach unten. Die nicht-lebensnotwendige Industrie muss zudem gedrosselt werden.

Ein vergesellschafteter Energiesektor wäre zwar weiterhin in ein kapitalistisches System eingegliedert, dennoch wäre er in der Lage, im Sinne der Menschen und der Zukunft zu handeln. Wenn die Konzerne wegen schlechter Entscheidungen gerettet werden müssen, dann muss die Energieversorgung eben in die Hand der Bevölkerung – damit wir bessere Entscheidungen treffen können.
Konzerne, nehmt euch in Acht. Die Sektoren Verkehr, Ernährung und Gesundheit nehmen wir uns als nächstes vor! :-)★

Lena-Johanna Schmidt (26) ist seit 2019 in DIE LINKE. Gießen aktiv und promoviert an der Hochschule Fulda. Ihr Wunsch für den Herbst ist ein starker linker Protest auf den Straßen, damit der sozial-ökologische Umbau endlich Realität wird.

Aufrüstung & Überwachung: Die Gefahren künstlicher Intelligenz

Liest man über künstliche Intelligenz, geht es häufig um computergenerierte Kunstwerke und angeblich zu Bewusstsein gekommene Sprach-Bots. Dass die Technologie jedoch auch Risiken birgt und dementsprechend reguliert werden sollte, erläutern **Marte** und **Lea**.

Zur Zeit wird der AI Act, eine neue Verordnung zur Regulierung künstlicher Intelligenz (KI) auf europäischer Ebene, diskutiert. Ein guter Ansatz um Bürger*innen zu schützen, bei dem es dann aber leider bleibt. Denn statt etwa den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware durch die Polizei konsequent zu verbieten, sollen die *positiven Aspekte* der Technologie gestärkt werden. Der AI Act fördert den Wirtschaftsstandort EU; die Sicherung eines Wettbewerbsvorteils findet sich im ersten Absatz der Verordnung. Wird sie so beschlossen, bildet sie eine obere Schranke für nationale Gesetzgebungen. Unternehmen dürfen also von einzelnen Ländern nicht stärker reguliert werden, als durch den AI Act vorgegeben. Zudem klammert er explizit den militärischen Bereich aus.

Von der Zahnbürste bis zur Drohne wirbt schon heute eine Vielzahl von Produkten mit »AI enhanced technology«, also dem Einsatz von KI. Unternehmen würde bei deren Vermarktung durch den AI Act unter die Arme gegriffen. Aber auch an den Universitäten macht sich der KI-Hype bemerkbar: In ganz Deutschland entstehen neue Studiengänge wie »Künstliche Intelligenz« oder »Data Science«, Forschungsinstitute wie das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) vergrößern sich, und die Informatikfakultäten der Hochschulen bemühen sich um das größte Angebot in diesem Bereich.

Das Militär: Seit jeher mit dabei

Tatsächlich handelt es sich bei dem, was wir heute KI nennen, um reine Mustererkennung in großen Datenmengen. Mithilfe von statistischen Berechnungen ermittelt ein KI-System, wann auf einem Bild beispielsweise eine Hauskatze dargestellt ist und wann ein Tiger. Oder auch, wo sich auf Satellitenbildern Menschen in Kriegsgebieten erkennen lassen.

Kaum verwunderlich, dass die militärische Forschungseinrichtung der USA (DARPA) die Entwicklung von KI seit jeher mitfinanziert hat. Heute sind diejenigen vorne mit dabei, die es sich leisten können, also etwa Tech-Konzerne wie Alphabet, Meta, Amazon oder Tesla. Diese Unternehmen nutzen KI dafür, um ihren gesellschaftlichen Einfluss beizubehalten und möglichst viel Profit zu generieren. Verstrickungen zwischen Konzernen und dem Militär sind hier keine Seltenheit. Mitarbeiter*innen der Alphabet-Tochter Google protestierten schon 2018 gegen das gemeinsame Projekt »*Maven*« mit dem Pentagon, welches die KI-Entwicklungen der Firma für die Überwachung auf dem Schlachtfeld nutzen sollte. Alphabet stieg daraufhin aus dem Projekt aus, dafür sprangen Amazon und Microsoft ein.

Nehmen Roboter uns die Arbeit weg?

In der Arbeitswelt nehmen Diskurse über KI zunehmend mehr Raum ein.

ANZEIGE

Foto: by Possessed Photography on Unsplash

Die Möglichkeiten der Technologie werden stellenweise bewusst überhöht dargestellt, um Arbeiter*innen einzuschüchtern. Ihnen wird suggeriert, massenweise Jobs würden in Zukunft durch KI – materialisiert in Form von Robotern – übernommen. Solche Drohungen bringen die Arbeitgeber*innenseite immer in eine vorteilhafte Verhandlungsposition, weil sie Arbeiter*innen aus Angst vor dem Jobverlust davon abhalten, für ihre Rechte einzustehen.

Tatsache ist jedoch, dass die meisten Jobs noch lange nicht automatisiert werden können oder es schlichtweg günstiger für die Arbeitgeber*innen ist, weiterhin Menschen auszubeuten, anstatt Technologien zu entwickeln, die sie ersetzen. KI wird eher dazu genutzt, Arbeiter*innen zu überwachen und möglichst effizient auszubeuten, wie beim US-amerikanische Unternehmen Uber. Durch eine Mischung aus algorithmischen und psychologischen Tricks werden die Fahrer*innen dazu gedrängt, möglichst lange Schichten zu arbeiten. Ein weiteres Beispiel sind Amazon-Lager, die zu einem verhältnismäßig hohen Grad automatisiert sind (jedoch bei weitem nicht ohne menschliche Arbeit auskommen!) und in denen die Arbeiter*innen gleichzeitig unter permanenter Beobachtung stehen und bei zu niedrigen Leistungen sanktioniert werden.

Technologie zum effizienten Töten

Neben algorithmischer Arbeitssteuerung ist ein weiterer Einsatzbereich von KI der militärische. Weltweit wird daran geforscht, wie der Einsatz von KI Streitkräften zum Vorteil in bewaffneten Auseinandersetzungen genutzt werden kann. Auch die deutsche Bundeswehr kann sich hier dank kräftiger Finanzspritzen beteiligen. Die Bedeutung von KI-gestützen Drohnen nimmt in Aufrüstungsprojekten wie dem Future Combat Air System (FCAS), an dem neben Deutschland auch Frankreich und Spanien beteiligt sind, weiter zu. Für das Waffensystem sind Kosten in dreistelliger *Milliardenhöhe* veranschlagt.

Das Framing von zielgenauen Waffen, die durch KI weniger Kollateralschäden anrichten würden, darf uns nicht täuschen. Bei der Nutzung der Technologie im Krieg geht es immer um den Ausbau von militärischem Potenzial und das möglichst effiziente Töten von Menschen.

Argumente gegen den KI-Einsatz in bewaffneten Konflikten lassen sich demnach viele anführen. Günstige Waffensysteme auf Basis kleiner, handelsüblicher Drohnen können massenhaft produziert und, mit KI ausgestattet, zu Massenvernichtungswaffen umfunktioniert werden. Auch ethische Implikationen im Hinblick darauf, was es bedeutet, eine KI über ein Menschenleben entscheiden zu lassen, stellen eine Schwierigkeit dar. Das Entstehen einer Rüstungsspirale durch den Einsatz der Technologie im militärischen Bereich kann zudem nicht ausgeschlossen werden.

Rasante Verbesserung von KI-Waffensystemen

Ein weiteres Problemfeld bildet die militärische Vereinnahmung ziviler Forschung. Durch Fortschritte im Bereich künstlicher neuronaler Netzwerke können KI-Waffensysteme rasant verbessert werden. Zudem sind an der Entwicklung des FCAS oder anderen Bundeswehrprojekten auch Unternehmen beteiligt, die gleichzeitig zivile, staatliche Aufträge im Bereich KI ausführen. Akteur*innen der Friedensbewegung, wie das Forum InformatikerInnen für Frieden (FIfF), fordern, Diskussionen um die Zivilklausel, explizit im Hinblick auf KI, wieder aufleben zu lassen. Damit soll verhindert werden, dass sich das Militär staatliche und universitäre Forschung zu eigen machen kann.

Statt Verordnungen, die die EU als Wirtschaftsmacht stärken, brauchen wir Regulierungen, die Überwachung am Arbeitsplatz verhindern und dem Militär den Zugriff auf zivile Forschung verwehren. Als gesellschaftliche Linke müssen wir die Entwicklungen einer so einflussreichen Technologie, vor allem aufgrund ihrer Gefahren im militärischen Bereich und ihrem Einsatz zu Lasten der Arbeiter*innenklasse, kritisch und intensiv begleiten. Auch dürfen wir die Potenziale von KI nicht überhöht darstellen. Dies nützt zum einen der Kapitalseite und verhindert zum anderen die wirklich relevanten Diskurse zu KI – etwa um Aufrüstung und die Zukunft unserer Arbeit. ★

Was ist eine Zivilklausel?

Als Zivilklausel wird die Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen, nicht für militärische Zwecke zu forschen, bezeichnet. Die Idee stammt aus der Friedensbewegung und wird von Abrüstungsbefürworter*innen immer wieder diskutiert. Mithilfe der Zivilklausel können Universitäten wieder zu Orten werden, an denen eine friedliche Lösung für die Probleme dieser Welt entwickelt und sich der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft gestellt wird. Die erste Zivilklausel wurde 1986 an der Universität Bremen eingerichtet und bis heute haben über 70 Hochschulen und Universitäten in Deutschland nachgezogen – bei über 530 insgesamt bundesweit ein noch immer verschwindend geringer Anteil. Seit unserer Gründung setzen wir uns als Studierendenverband für eine bundesweit verpflichtende Zivilklausel ein.

Marte Henningsen studiert Cognitive Science in Osnabrück und **Lea Klingberg** Medienwissenschaft in Bonn. Sie wären eigentlich ganz froh, wenn ein Roboter ihre Hausarbeiten schreiben würde.

20 Jahre organisierte Halbbildung

Die Bologna-Reform hat das Studieren fundamental verändert. Doch seit dem Scheitern anfänglicher Proteste von Studierenden sind kritische Stimmen beinahe verstummt. Das muss sich ändern.

Partys, Freizeit, selbstbestimmt leben und lernen. Das sind Bilder, die Menschen oft über das Studieren im Kopf haben. Die Realität sieht anders aus: Überfüllte Seminare, kleinteilige und undurchsichtige Prüfungsordnungen, eine abstrus kurze Regelstudienzeit, mangelhafte Betreuung durch Lehrende, unterfinanzierte Fachbereiche. Die Party fällt flach, weil man Freitag nach einer langen Uni-Woche arbeiten muss, um das Studium zu finanzieren. Dazu kommt, dass die Pandemie eine ganze Generation von Studierenden hervorgebracht hat, die erst seit dem Sommersemester 2022 Seminare in Präsenz besuchen konnten.

Als Ursache für die prekären Studienbedingungen und die Probleme im Universitätsbetrieb wird in kritischen Auseinandersetzungen die Bologna-Reform ausgemacht. Doch was ist im Zuge von Bologna eigentlich geschehen und welche Konsequenzen hat diese Reform für unser Studium heute, 20 Jahre nach der Implementierung?

Ein kurzer Blick in die Geschichte

Die Bologna-Reform ist nur vor dem Hintergrund der zunehmenden Dominanz der neoliberalen Ideologie in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen. Diese propagiert seit den 1970ern die Deregulierung der Finanzmärkte und die Privatisierung von öffentlichen Gütern. So gerieten auch die Hochschulen durch den Wunsch nach der Steigerung internationaler Wettbewerbsfähigkeit in den Fokus der EU. Die Konsequenz daraus waren Forderungen nach erhöhter Mobilität, Vergleichbarkeit und Harmonisierung der Abschlüsse sowie arbeitsmarktbezogener Qualifizierung.

Im Jahr 1999 unterzeichneten zunächst 29 EU-Staaten die Bologna-Erklärung, um einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Weil die EU über keine Kompetenz im Bildungsbereich verfügt, war diese Erklärung nie rechtsverbindlich, und die einzelnen EU-Staaten setzten sie unterschiedlich um. In Deutschland, wie in vielen anderen Staaten, beinhaltete dies vor allem die folgenden Punkte: ein zweigliedriges Studium, also die Einführung des Bachelor- und Mastersystems; den Ausbau des EU-Austauschprogramms ERASMUS; ein Leistungspunktesystem (ECTS) und ständige Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie Akkreditierungen von Studiengängen und Evaluationen.
Der Rückgang der Grundfinanzierung bei gleichzeitigem Ausbau des Drittmittelsektors sowie der laufzeitgebundenen staatlichen Finanzierung geschah parallel, wenn auch nicht im Zuge von Bologna. Die Änderungen sorgten für weniger Geld und eine ungleiche und bürokratische Verteilung der noch vorhandenen Mittel. Auch die Einführung der sogenannten *Exzellenzinitiative*, der Abbau von Stellen im akademischen Mittelbau und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zählen dazu.

Uni als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse

Der Sozialwissenschaftler Alex Demirović hebt hervor, dass Universitäten den Prozess der Erkenntnis, der Wissensverarbeitung und -verbreitung organisieren. Sie sind Ausdruck von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Im Zuge der Neoliberalisierung sollten auch Universitäten nach dem Vorbild von wettbewerbsfähigen Unternehmen in eigenständige Akteure umgebaut werden. Doch die neoliberalen Reorganisationsversuche haben vieles zum Schlechteren verändert und die Lehr- und Studienfreiheit weiter eingeschränkt als je zuvor.
Während es zu einer zunehmenden Akademisierung von breiten Gesellschaftsschichten kam und die Studierendenzahlen Jahr für Jahr weiter stiegen, entsprach dies dem Wachstum der Ausstattung auf Seite der Hochschulen nicht. Sie sind unterfinanziert, die Gebäude unzulänglich und der Umfang des wissenschaftlichen Personals für die Lehre ist zu klein. Für alle ist dies kein guter Zustand, aber besonders Studierende aus einem nicht-akademischen Kontext werden dadurch an Hochschulen allein gelassen.

Wenn das Studium nicht finanziert wird, die Organisation nicht transparent und der Lehrstoff nicht übersichtlich gegliedert ist, hat das Studium einen abschreckenden Effekt.
Als das BAföG 1971 eingeführt wurde, erhielten 47 Prozent der Studierenden eine Förderung. Mittlerweile sind es nur noch elf Prozent. Etwa ein Drittel aller Studierenden lebt unterhalb der Armutsgrenze, unter BAföG-Beziehenden sind es sogar 45 Prozent. Auch die Mobilitätserfahrung durch das ERASMUS-Programm muss man sich erst einmal leisten können. Strenge Regelstudienzeiten erschweren es zudem, nebenher berufstätig zu sein. Durch die Arbeitsmarktorientierung müssen schließlich sogenannte »Soft Skills« durch Praktika erlernt werden, die in den meisten Fällen nur gering oder gar nicht bezahlt sind.

Widerspenstige Praktiken

Währenddessen schreitet die Neoliberalisierung des Bildungswesens auf globaler Ebene weiter voran. So wird mittlerweile die Vereinheitlichung der Studienabschlüsse auf globaler Ebene angestrebt. Gerade für Menschen aus dem globalen Süden, deren Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden, kann dieses Vorhaben natürlich auch positive Aspekte bieten. Gleichzeitig zeigen sich bereits Tendenzen eines Bildungsimperialismus globaler Ausmaße: Die sogenannte Harmonisierung marginalisiert Wissen aus dem globalen Süden, zerstört lokale Bildungstraditionen und erzwingt eine einseitige Anpassung an den globalen Norden – vor allem an das amerikanische Universitätssystem. Der voranschreitenden Anpassung der Universitäten an den Markt muss etwas entgegengesetzt werden, sonst werden Mittelkürzungen, Anwendungsorientierung, Wettbewerbs- und Profitlogik das Studium letzten Endes unzumutbar machen.

Seit den großen Bildungsstreiks 2009 gab es keine größeren studentischen Proteste mehr. Zwar wurde sich – teilweise auch erfolgreich – gegen einzelne Landeshochschulgesetzreformen gewehrt, aber der neoliberale Umbau wird kaum noch grundsätzlich in Frage gestellt. Um die eigenen

Foto: by cottonbro on Pexels

Arm, ärmer, BAföG

Seit jeher haben Studierende den Ruf, in erster Linie ein feucht-fröhliches Partyleben zu führen: Sie arbeiten nicht, leben auf Kosten ihrer Eltern oder des Staates und schleppen sich zweimal wöchentlich in die Uni. Dieser Stereotyp hat noch nie der Realität entsprochen.

Schwierigkeiten im Studium mit einer systemischen Kritik an den Verhältnissen verbinden zu können, braucht es Räume für Diskussionen darüber, wie Universitäten und Studienbedingungen gestaltet werden sollen. Das Thema muss wieder in seiner ganzen Breite präsent werden, um jenen dienen zu können, die in den Universitäten studieren und arbeiten. ★

Das Kollektiv Organisierte Halbbildung fordert euch auf, unter #OrganisierteHalbbildung über eure Erfahrungen mit dem Studium zu twittern, sich auszutauschen und zu organisieren. Ob auf Twitter oder im Seminar, es wird Zeit, die Missstände des Universitätssystems auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Mai 2022 veröffentlichte der Paritätische Wohlfahrtsverband seine neueste Studie zur sozialen Lage Studierender in Deutschland und kam zu desolaten Ergebnissen: Über 30 Prozent der Studierenden leben in Armut. Damit ist die Quote Armutsbetroffener unter Student*innen fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Woran liegt das? Zum einen versagen staatliche Angebote zur finanziellen Unterstützung wie z.B. BAföG. Im Jahr 2020 erhielten lediglich 11 Prozent der Studierenden BAföG, dennoch leben 45 Prozent der Beziehenden unter der Armutsgrenze. Gleichzeitig sind aber 29 Prozent derjenigen, die nicht BAföG-berechtigt sind, in derselben Lage. Die BAföG-Sätze fallen viel zu niedrig aus, und der Berechtigten-Kreis muss deutlich erweitert werden. Allerdings ist das Problem nicht nur eine verfehlte BAföG-Politik. Es ist die gesamtgesellschaftliche Lage, die zahlreiche Student*innen seit Jahren zu einem Leben am Existenzminimum zwingt. Viele haben seit Beginn der Corona-Pandemie ihre Jobs verloren. Darüber hinaus steigen seit langem die Preise für Wohnen, Essen und ÖPNV. Laut Tagesschau liegt die durchschnittliche Monatsmiete eines WG-Zimmers inzwischen bei 435 Euro. Die aktuelle Inflation stellt somit nur die Spitze des Eisbergs dar. Demnach kann die derzeitige Krise auch nicht durch Einmalzahlungen gelöst werden, und unsere Forderungen müssen über eine Verbesserung des BAföG-Systems hinausgehen. Es braucht eine Deckelung der Energie- und Mietpreise, eine Fortführung des 9-Euro-Tickets, existenzielle Grundsicherung sowie eine Steuerpolitik, die in erster Linie Reiche und Krisenprofiteur*innen zur Kasse bittet. Anders wird eine langfristige Verbesserung der sozialen Lage in Deutschland nicht möglich sein. ★

Marlen Borchardt studiert Soziologie an der Uni Jena und ist seit 2018 im SDS Leipzig organisiert.

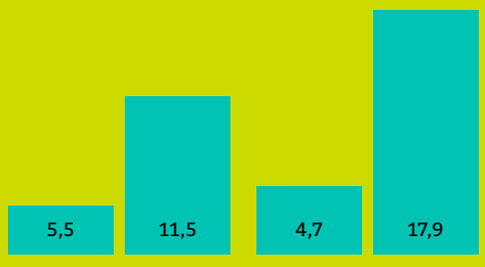
ANZEIGE

Krisengewinner

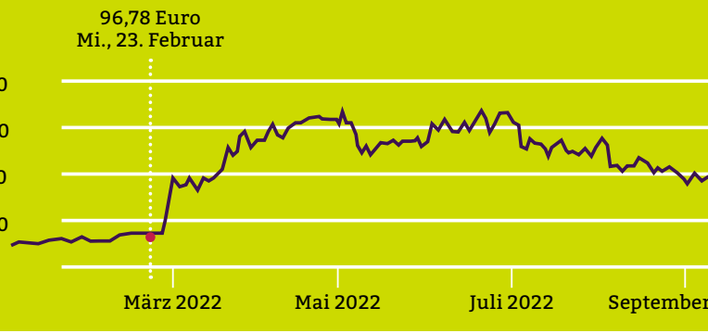
Mineralölkonzerne

Nachdem die Gewinne der Mineralölkonzerne während der Pandemie (aufgrund der geringen Nachfrage) eingebrochen waren, machten diese im Jahr 2022 Rekordgewinne.

Gewinne in Mrd. Dollar/
2. Quartal 2021 und 2. Quartal 2022



Aktienkurs Rheinmetall



Rüstungsindustrie

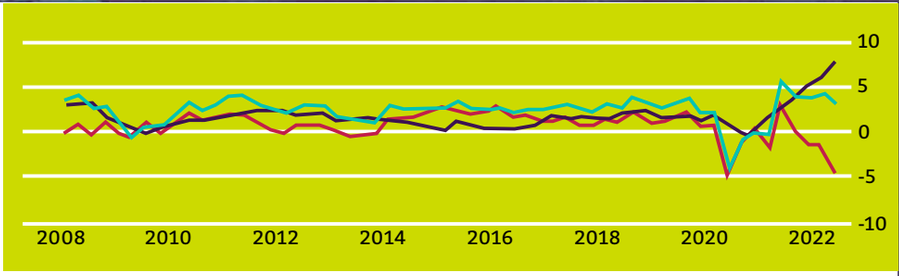
Am 23. Februar 2022 – einen Tag vor dem Angriffskrieg Russlands – lag die Rheinmetall-Aktie bei 96,78 Euro. An ihrem Höhepunkt im Juni erreichte sie 224,00 Euro.

Krisenverlierer

Verbraucher*innen

Preissteigerung im Vergleich zum Vorjahr:

Energiepreise: 38 Prozent
Lebensmittel: 12,7 Prozent



Im August 2022 betrug die Inflation 7,9 Prozent. Weil die Löhne der Arbeiter*innen nur leicht stiegen und nicht der Inflation angepasst wurden, sanken die sogenannten Reallöhne um 4,4 Prozent. Die Preise für Lebensmittel stiegen im August 2022 um 16,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das trifft diejenigen am härtesten, die am wenigsten verdienen und den größten Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben.

Foto: by Alex Machado on Unsplash

Immobilienbranche

Die Mieten in deutschen Großstädten sind im Zeitraum 2010 bis 2019 im Schnitt um 40 Prozent gestiegen. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung, denen ein Großteil der Wohnungen gehören, hatten einen riesigen Wertzuwachs zu verzeichnen.

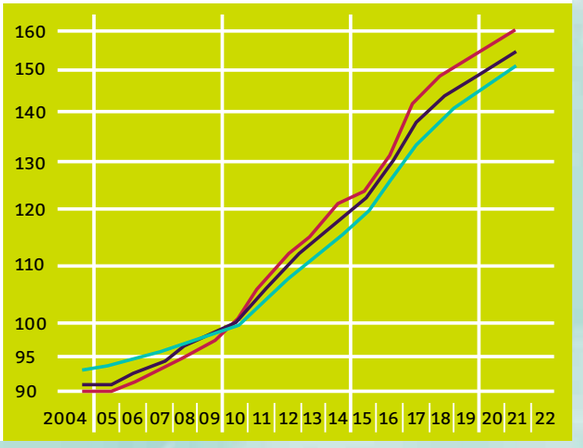
Deutschland insgesamt

127 Städte

darunter:

7 Großstädte

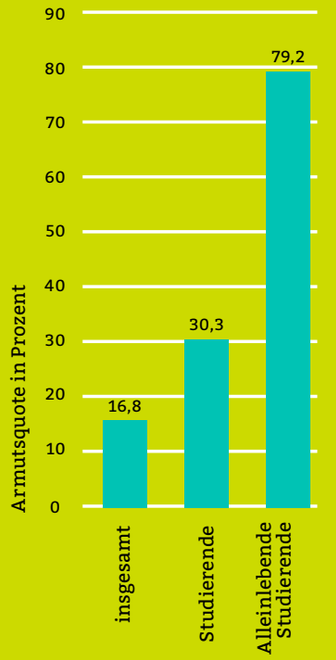
Wohnungsmieten in Deutschland in Prozent



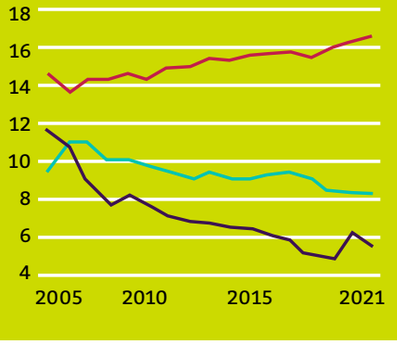
2022

Foto: by Roksolana Zasiadko on Unsplash

Armut Deutschland 2020



mutsquote von Arbeitenden in Prozent



nutsquote SGB II-Quote Arbeitslosenquote

Studierende

Durchschnittsmiete:
Monatsmiete eines WG-Zimmers in Deutschland inzwischen bei 435 Euro (in München sogar ca. 650)

Durchschnittseinkommen:
das mittlere Einkommen armer Studierender bei 802 Euro

Armutsgrenze: 1.266 Euro

Lasst uns über Geld reden!

Foto: by Sara Kurfeß on Unsplash

Es ist Teil des kleinen Wirtschafts-Einmaleins: Gelddrucken = Inflation. Darum warnen gerade viele Ökonom*innen vor höheren Staatsausgaben und beschuldigen die niedrigen Leitzinsen. Ist die Geldmenge tatsächlich Ursache der aktuellen Inflation? Eine Spurensuche von **Fiona**.

Die letzte Krise ist noch nicht vorbei, schon ist die nächste da. Alles wird teurer: Alle reden über Inflation. Die Preise sind innerhalb des letzten Jahres um ca. 8 Prozent gestiegen. Viele Menschen befinden sich jetzt schon nah oder unterhalb der Armutsgrenze, und es droht die nächste große Wirtschaftskrise.

Konservative warnen vor dem Geldausgeben

Statt die Betroffenen zu unterstützen, warnen konservative und liberale »Wirtschaftsexpert*innen« vor dem Geldausgeben. Grund der Inflation sei die Leitzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und die damit einhergehende Ausweitung der Geldmenge. Sie warnen vor Staatsschulden und behaupten, die Ausweitung der Geldmenge wäre maßgeblicher Auslöser der Inflation. Stimmt das? Kann der Staat uns wirklich nicht vor der Preisexplosion schützen, ohne sie zu verschlimmern? Daher schauen wir uns an, wie die Geldmenge im Wirtschaftssystem gesteuert wird und warum das wenig Einfluss auf die aktuelle Inflation hat.

Die Geldmenge kann der Staat verändern – oder die Banken

Die sich im Umlauf befindende Geldmenge wird über zwei Wege verändert. Ein Weg sind Staatsausgaben und -einnahmen. Entscheidet sich der Bundestag beispielsweise dafür, die gesetzlichen Krankenkassen zu unterstützen, so wird Geld über die Geschäftsbanken an die Krankenkassen verteilt. Auf diese Weise fügt der Staat dem Geldkreislauf Geld hinzu. Steuereinnahmen funktionieren entgegengesetzt, mit ihnen wird die Geldmenge im Umlauf verringert.

Auch die Banken haben Einfluss auf die Geldmenge. Sie können über die Vergabe von Krediten Geld schaffen. Dafür sind sie nicht auf die Einlagen von Sparer*innen angewiesen, sondern auf eine geeignete Einschätzung der Rückzahlungsfähigkeit der Kreditnehmenden. Die Höhe der Zinsen, die Kreditnehmer*innen bezahlen müssen, orientiert sich am Leitzins der EZB. Dieser Leitzins gibt an, wie »teuer« es für Geschäftsbanken ist, sich Geld bei der Zentralbank zu leihen. Seit der Finanzkrise wurde der Leitzins gesenkt, in der Hoffnung, die Wirtschaft wieder anzukurbeln: Günstige Kredite als Investitionsanreiz für Unternehmen.

Durch den Krieg ausgelöst

Durch die gegenwärtige Leitzinserhöhung soll die Geldmenge verringert werden, um der Inflation entgegenzuwirken. Die Leitzinserhöhungen werden die Ursachen der Inflation jedoch nicht beheben. Wir erleben aktuell keine gleichmäßig anziehende Inflation, sondern in erster Linie einen Preisschock im Energiesektor, der sich auf andere Industrien, wie die Lebensmittelindustrie, auswirkt. Dieser wurde durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Knappheit fossiler Energieträger, insbesondere Gas, ausgelöst. Verstärkt werden diese Teuerungen durch Spekulation an den Finanzmärkten. Auch die Coronapandemie behindert weiterhin die Weltwirtschaft: Beispielsweise kommt es durch Teillockdowns in China zu Lieferengpässen. Viele dadurch knapp gewordene Güter werden dementsprechend teurer. Eine Verringerung der Geldmenge wird ebenso wenig einen Einfluss auf die Inflation haben, wie es die Ausweitung der Geldmenge hatte. In einer Wirtschaft, die auf Krediten basiert, könnten höhere Zinsen sogar für weitere Teuerungen sorgen. Dies könnte den Druck der Inflation weiter erhöhen und zu einer Verschärfung der Krise führen.

Gefährliche Reduzierung

Es ist gefährlich, wenn vermeintliche Wirtschaftsexpert*innen die Teuerungen auf die Ausweitung der Geldmenge reduzieren. Ihr Ziel ist nicht die Krisenbewältigung, sondern das Festhalten an neoliberalen Grundsätzen. Wer von den Teuerungen zu hart getroffen wird, hat ihrer Meinung nach eben nicht ausreichend vorgesorgt. Umverteilung und Entlastungen, die gerade jetzt notwendig sind, sollen so verhindert werden. Doch 40 Prozent der Haushalte haben keinerlei Rücklagen, auf die sie zurückgreifen können. Sie werden von den Teuerungen knallhart getroffen. Es ist die Aufgabe des Staates nun einzugreifen um wachsende Armut und die nächste große Wirtschaftskrise zu verhindern. Andernfalls schlittern wir auf eine riesige soziale Katastrophe zu. Die Umverteilung von Unten nach Oben muss nachhaltig umgekehrt werden! Niemand sollte zwischen Heizen und Essen entscheiden müssen. ★

Fiona Schwindt studiert Informatik an einer Fachhochschule und wünscht sich mehr Gratismentalität für Deutschland!

ANZEIGE

Foto: by Julia Rekamie on Unsplash

Wer zahlt den »Preis der Freiheit«?

Der geopolitische Blick auf den Ukrainekrieg verdeckt schnell die verheerenden menschlichen Kosten. Wiederum verdecken humanitäre Erzählungen über die westliche Position eine unmenschliche Geopolitik. Eine kritische Einordnung von Marie-Gulbahar und Felix.

Der Krieg in der Ukraine erschüttert Europa. Viele Menschen werden zum ersten Mal mit einem Krieg auf dem eigenen Kontinent konfrontiert. Während hierzulande über Waffenlieferungen, Sanktionen, Eroberung und Befreiung diskutiert wird, wird schnell die größte leidtragende Gruppe des Krieges vergessen: die ukrainische Zivilbevölkerung, die bereits mehr als 28.000 Tote meldet.

Die Russische Föderation verfolgt ihre Kriegsziele ohne Rücksicht auf zivile Einrichtungen und ist deshalb maßgeblich für die Todeszahlen verantwortlich. Russland ist als Aggressor klar zu verurteilen, jedoch muss auch die ukrainische Politik kritisch betrachtet werden. Männliche ukrainische Bürger dürfen beispielsweise nicht das Land verlassen, damit sie der Rekrutierung in den Kampfeinsatz nicht entkommen. Jede Priorisierung von politischen und territorialen Interessen über Menschenleben ist zu verurteilen.

Weltweit spürbare Auswirkungen

Während sich die direkten Kriegsfolgen noch auf die Ukraine beschränken, werden Auswirkungen des Krieges und der damit verbundenen Sanktionspolitik des Westens weltweit spürbar. Unter anderem der russische Lieferstopp sorgt für eine erhebliche Gaspreiserhöhung, gerade ärmeren Haushalten steht ein harter Winter bevor. Noch schlimmer sieht es in Staaten wie Kasachstan und Kirgisistan aus, die für Lebensmittel fast vollständig von russischen Exporten abhängig sind. Mittelbar wirkt sich die Erhöhung der Rohstoffkosten auch verheerend auf Nahost und Afrika aus. Wenn europäische Spitzenpolitiker*innen wie Macron die Folgen als »Preis der Freiheit« bezeichnen, ist das blanker Zynismus gegenüber den Betroffenen.

Humanitarismus oder Geopolitik?

Dass humanitäre Gründe für die Unterstützung der Ukraine durch Deutschland und die EU offenbar doch nicht so ausschlaggebend sind wie Geopolitik, zeigt die gegenwärtige Lage im Südkaukasus. Aserbaidschan hat im September Armenien angegriffen. Man möchte meinen, dass ebenfalls mit Sanktionen gegen den Aggressor und Waffenlieferungen an den verteidigenden Staat reagiert wird. Doch die EU schweigt, wie sie es schon beim Angriff des Nato-Staats Türkei auf Rojava tat, das Gas-Abkommen mit Aserbaidschan wird nicht in Frage gestellt. Kriege werden eben nicht verurteilt, weil sie Menschenleben gefährden, sondern nur dann, wenn sie den eigenen geopolitischen Interessen nicht entsprechen.

Keinen Monat hat die Ampel-Koalition gebraucht, um den Krieg für eine militaristische Zeitenwende in der BRD auszunutzen. Das Sondervermögen für die Aufrüstung der Bundeswehr wurde Tage nach Kriegsausbruch beschlossen – eine Entscheidung, von der nicht die Menschen in der Ukraine, sondern deutsche Rüstungskonzerne profitieren (siehe S. 10-11).

Weiterhin menschenverachtende Asylpolitik

Die Zivilcourage der Menschen, die Geflüchtete bei sich aufnehmen, ist lobenswert, aber eine menschenwürdige Asylpolitik ersetzt sie nicht. Denn zugleich finden an den EU-Außengrenzen aktuell verstärkt völkerrechtswidrige Pushbacks statt, Flüchtlinge mit der falschen Hautfarbe werden diskriminiert und misshandelt. Die Asylpolitik der Bundesrepublik ist daher genauso menschenverachtend, wie sie es 2015 schon war.

Mit Waffen zum Frieden?

Das Leid, welches durch den Krieg verursacht wird, nun mit weiterer Militarisierung zu flankieren, kann der deutschen Öffentlichkeit nur durch eine aggressive Kriegsrhetorik verkauft werden. Das Blockdenken des Kalten Krieges erlebt damit gerade eine Renaissance. All das soll legitimieren, dass Hunderttausende in einen grauenvollen Tod geschickt werden, während sich Rheinmetall und Co. an Kriegen finanziell bereichern. Auch ein Überfall durch eine imperialistische Großmacht rechtfertigt dieses Leid jedoch nicht, mal ganz abgesehen davon, dass die »Freiheit«, die damit verteidigt wird, sich zurzeit in kalten Wohnungen und leeren Kühlschränken ausdrückt.

Die kampfwillige Bevölkerung der Ukraine hat jedes Recht, sich zu widersetzen – ihnen gilt unsere Solidarität. Die Unterstützung für Ukrainer*innen darf aber nicht gleichgesetzt werden mit Waffenlieferungen oder gar einer Intervention der Nato. Mehr Waffen haben noch nie zu mehr Frieden geführt. ★

Felix Diener und **Marie-Gulbahar Kartal** sind beide seit viel zu langer Zeit im Heidelberger SDS aktiv. Felix studiert Deutsch und Theologie auf Lehramt und Marie studiert Gartenbau. Sie teilen eine Zuneigung zu gut gewürztem Essen und nuancierter marxistischer Analyse.

Foto: by Waldemar Brandt on Unsplash

Von Spargelstechen und antislawischem Rassismus

Rassismus gegen Menschen aus Osteuropa hat in Deutschland Geschichte und wird auch nach dem Krieg in der Ukraine ein Problem bleiben. **Rita** erklärt warum.

Im Februar 2022 blickte die ganze Welt auf Osteuropa: Russland startete einen schrecklichen Angriffskrieg gegen die Ukraine und das Leiden zahlreicher Ukrainer*innen löste eine EU-weite Solidaritätswelle aus. Von rein symbolischen Ukraineflaggen hinter dem Namen auf Twitter bis hin zu Waffenlieferungen. Die Solidarität westlicher Länder ist nicht selbstverständlich. Doch eines zeigt uns die Geschichte der Länder des sogenannten Westens: Ihre Solidarität ist selektiv, und das hat mit dem tiefsitzenden kolonialgeprägten Rassismus zu tun.

Jedes Jahr zur Erntesaison reisen hunderttausende Arbeiter*innen aus Rumänien, Bulgarien oder Polen nach Deutschland und werden systematisch ausgebeutet. Sie werden nicht nur schlecht bezahlt, sondern müssen davon oft auch noch eine Container-Unterkunft finanzieren. Seit der Corona-Pandemie befindet sich die Landwirtschaft in Deutschland in einer Krise, denn »viele deutsche Kräfte sind die harte Arbeit nicht gewöhnt« und die Zahl der osteuropäischen Arbeiter*innen ist rückläufig. Die Landwirtschaft ist nicht der einzige Sektor, den Migrant*innen am Laufen halten: auch deutsche Krankenhäuser und Pflege, Fleischindustrie und Reinigung. Die Ausbeutung osteuropäischer Arbeitskräfte steht in einer historischen Kontinuität. Die Wurzeln liegen im Deutschen Kaiserreich.

Entstehung des Antislawismus und die Folgen bis heute

Die Abgrenzung von osteuropäischen Kulturen begann im 19. Jahrhundert. Trotz räumlicher Nähe zum westlichen Europa wurde die Vorstellung eines rückständigen Osteuropas geprägt, das sich vom zivilisierten Westeuropa unterscheide. Die Herausbildung des mitteleuropäischen Deutschnationalismus als Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkte die Abgrenzung gegenüber dem »Slawentum«, das als Bedrohung an den »Volkstumsgrenzen« dargestellt wurde.
Die Kategorie des »Slawentums« erfüllte dabei den Zweck der Identifikation eines gemeinsamen Feindes, dem es entgegenzutreten galt; ein Dachbegriff für mehrere osteuropäische Kulturen. Im Deutschen Reich lässt sich diese Ausrichtung bis in die obersten Regierungskreise feststellen: Reichskanzler Otto von Bismarck sprach von einer »krebsartig um sich fressenden Polonisierung« und von der Unfähigkeit slawischer Nationalitäten zur eigenen Staatlichkeit. Mit dem späteren Überfall auf Osteuropa 1941 war Teil des nationalsozialistischen »Generalplans Ost« eine »Germanisierung« Osteuropas, die unter anderem zur Entstehung der sogenannten »Ostarbeiter*innen« führte, die völlig entrechtet waren. Erst 2020 erkannte der Bundestag diese Opfer des Nationalsozialismus an.

Fehlende Aufmerksamkeit

Heute lebt der Antislawismus zum Beispiel darin weiter, dass die schon erwähnte Ausbeutung von Arbeiter*innen aus Osteuropa mit Stereotypen wie »belastbar« und »ungebildet« gerechtfertigt werden. Antislawismus bleibt jedoch in der Rassismusforschung sowie im politischen Diskurs am Rande. Die fehlende öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema hat zum einen mit der fehlenden Aufmerksamkeit in der Rassismusforschung zu tun, zum anderen damit, dass die Antirassismus-Debatte größtenteils aus dem nordamerikanischen Raum unverändert übertragen wird – obwohl sich die konkrete Spaltlinien hierzulande anders als dort gestalten.

Höchste Zeit für Veränderung

Wie flexibel die Kategorisierung der Osteuropäer*innen im Westen funktioniert, zeigte sich nicht nur im Nationalsozialismus, sondern ist auch heute noch erkennbar. Überspitzt formuliert: Weiß genug, um auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu arbeiten – gerade im informellen Pflegesektor spielt die Hautfarbe eine Rolle –, nicht weiß genug, um einen Mindestlohn oder gute Arbeitsbedingungen zu erhalten.

Zu Beginn des Ukraine-Kriegs wurden Ukrainer*innen über Nacht zu Europäer*innen. Doch wenige Monate später ist klar, dass ukrainische Geflüchtete vor allem in der Bau-, Logistik- und Reinigungsbranche sowie von Lieferdiensten ausgebeutet werden. So wird ihre Lage ausgenutzt. Es wird also höchste Zeit bei Arbeiter*innenkämpfen osteuropäische Arbeitskräfte mitzudenken und auch ihre Rassismuserfahrungen anzuerkennen. ★

Rita Kavali studiert Kulturgeographie an der FAU Erlangen-Nürnberg und wünscht sich einen Antirassismus der für hiesige Zustände angemessen ist.

Foto: by Jonas Augustin on Unsplash

Polizeigewalt in Deutschland: strukturelle Einzelfälle

Deutschland hat ein Problem mit struktureller und rassistischer Polizeigewalt, der allein in NRW in einer Woche drei Menschen zum Opfer fielen. Während Menschen in Deutschland die amerikanische Polizeigewalt verurteilen, gab es keine vergleichbare Reaktion auf die jüngsten Fälle hierzulande.

Im August starben innerhalb von sieben Tagen drei Menschen durch Polizeigewalt in Nordrhein-Westfalen. Bei allen drei handelte es sich um Menschen, die an psychischen Problemen litten oder unter Drogeneinfluss standen, bei einem zudem um einen Flüchtling. Anders als im Jahr 2020 nach dem Polizeimord an George Floyd in den USA, kam es kaum zu Protesten.

Drei Tode innerhalb von sieben Tagen

Die drei Fälle lassen ein eindeutiges Muster von Polizeigewalt gegen marginalisierte Gruppen erkennen. Am 3. August erschoss die Polizei einen 48-Jährigen aus Köln, der sich gegen die Zwangsräumung seiner Mietwohnung gewehrt hatte und von dem bekannt war, dass er unter psychischen Problemen litt. Danach wurde am 8. August in Dortmund der 16-jährige Geflüchtete Mohammed D. aus dem Senegal in seiner Unterkunft von der Polizei erschossen. Die Einrichtung hatte die Polizei gerufen wegen der Befürchtung, dass er Suizid begeht. Die Polizei setzte Pfefferspray und einen Elektroschocker ein. Laut Polizei bedrohte er die elf Polizist*innen mit einem Messer und wurde daraufhin erschossen. Die Ermittlungen übernahm die Polizei Recklinghausen.

Im Kreis Recklinghausen starb gerade einen Tag zuvor ein 39-Jähriger, der in seiner Wohnung randaliert hatte. Die Polizei hatte versucht ihn durch Pfefferspray und Fixierung zu beruhigen. Einen Tag später verstarb er im Krankenhaus. Die Ermittlung übernahm die Polizei Dortmund – dieselbe, die für den Todesfall von Mohammed D. verantwortlich war, in dem die Polizei Recklinghausen ermittelte. Das Beispiel zeigt das strukturelle Problem bei internen Ermittlungen in der Polizei: Rassistische Mörder*innen ermitteln gegen ihre ebenso rassistischen und mordenden Kolleg*innen.

Anklagen in Fällen von Tod durch Polizeigewalt werden fast ausnahmslos fallengelassen

Auch ohne die gegenseitigen Ermittlungen werden die Anklagen in Fällen von Tod durch Polizeigewalt in Deutschland fast ausnahmslos fallengelassen. Dafür liefert Dessau klare Beispiele: Allein in der Polizeiwache dort kam es im Laufe von acht Jahren zum Tod von drei Menschen. Oury Jalloh ist der Bekannteste unter den Opfern. Bis heute ist nicht bekannt, wer ihn in seiner Zelle angezündet hat, und niemand aus der Dessauer Polizeiwache wurde für die Taten verurteilt. Auch in Hamburg kam es zu einem Fall von tödlicher Polizeigewalt ohne Konsequenzen. Unter Billigung des Innensenators durfte die Polizei Brechmittel verabreichen, an denen ein 19-jähriger Asylsuchender starb. Dieser Innensenator ist heute Bundeskanzler.

Deutschland hat ein Polizeiproblem

Wie die Fälle zeigen, gibt es auch hier in Deutschland ein Problem von struktureller, oft tödlicher Polizeigewalt. Von ihr sind ausnahmslos arme und migrantisierte Menschen, Menschen mit psychischen Problemen, sowie People of Color betroffen. Aus den Todesfällen wird deutlich, dass bei Menschen in psychischen Ausnahmesituationen auf keinen Fall die Polizei gerufen werden darf. Die Polizei ist nicht dazu ausgebildet und irrt sich immer wieder – mit tödlichen Folgen. Solche Einsätze müssen Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen übernehmen.

People of Color werden auch abgesehen von Todesfällen von der deutschen Polizei systematisch schikaniert, unter anderem wegen der gängigen Praxis des »*racial profiling*«: Wer sichtbar einer marginalisierten Gruppe angehört, wird öfter und genauer kontrolliert, Unschuldsvermutung hin oder her.

Seit Jahren werden die Budgets für die Polizei stetig erhöht. Mehr Polizei führt jedoch nicht zu mehr Sicherheit. Im Gegenteil: Sie stellt eine Bedrohung für große Bevölkerungsgruppen dar. Darum sollten der Polizei zunehmend die Mittel entzogen und diese für Soziales eingesetzt werden. Während sich im Jahr 2020 tausende Menschen in ganz Deutschland versammelten, um gegen das US-amerikanische Polizeiproblem unter dem Slogan #BlackLivesMatter zu demonstrieren, gab es keine vergleichbare Protestwelle nach den wiederholten Fällen tödlicher rassistischer Polizeigewalt. Sie ist allerdings nicht nur ein amerikanisches Problem, sondern auch ein deutsches. Auf diese eklatanten Fälle braucht es eine laute und geschlossenen Antwort aus der Zivilgesellschaft. ★

John M. studiert Sinologie und Politikwissenschaft in Leipzig und ist dafür, dass auch Almans sich gegen Polizeigewalt einsetzen.

Her mit dem Weltfrieden!

Uns wird erzählt, dass starke Armeen und Staatenbündnisse, die die Weltordnung regeln, den Frieden sichern. Von diesem System profitieren aber nur die Reichsten – und Frieden erwächst daraus erst recht nicht.

Wir erleben in Deutschland eine militaristische Zeitenwende. Aus dem Nichts werden 100 Milliarden Euro für Rüstung bereitgestellt. Plötzlich heißt es, es brauche eine starke Bundeswehr in einer großen Nato, um eine »regelbasierte Weltordnung« durchzusetzen und den nächsten Angriffskrieg zu verhindern. Schon lange warnen Sozialist*innen jedoch, dass dies ein Irrweg ist: Denn die kapitalistische Wirtschaft, die auf endloses Wachstum setzt, trägt in sich den Krieg, »wie die Wolke den Regen« (Jean Jaurès).

Friedlicher Handel oder Imperialismus?

Die moderne Welt, in der Handel und Lieferketten alle Landesgrenzen überschreiten, verspricht Frieden auf Grundlage gegenseitiger Abhängigkeit. Dieser Logik folgend haben deutsche Regierungen versucht, durch den Gashandel mit Russland den Frieden zu festigen. Eine Nato, die stärker als jeder Einzelstaat ist, soll zusätzlich abschrecken. Doch wurde damit der russische Überfall auf die Ukraine nicht verhindert. Das war absehbar: Schon vor dem Ersten Weltkrieg dachte man, dass die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien und ein Bündnis der Briten mit Frankreich und Russland einen Krieg verunmöglichen würden. Damals haben Sozialist*innen wie Rosa Luxemburg gezeigt, warum Kapitalismus eben keinen Frieden schafft, sondern Krieg. Diese kritische Einordnung, die unter dem Stichwort *Imperialismus* bis heute weitergeführt wird, bleibt unabdingbar.

Gesetze der Konkurrenz

Die Grundstruktur unserer kapitalistischen Wirtschaft beruht auf Wachstum und Konkurrenz. Ein Unternehmen muss ständig wachsen, immer mehr Profite machen – sonst wird es von der Konkurrenz ausgeschaltet. Aus diesem Kampf entstehen riesige Betriebe und Konzerne, die Abertausende beschäftigen, Abermillionen einkassieren und massiv an Macht und Einfluss gewinnen. Spätestens wenn ein Unternehmen zum Marktführer wird, muss die Chefetage anfangen, international zu denken: Wo können wir noch gut verkaufen? Billig einkaufen? Preiswert produzieren? Die Geschäfte strecken sich immer weiter über die Welt, und mit ihnen wird die Konkurrenz international. Dabei entfallen nicht nur Landes-, sondern auch moralische Grenzen. Das Gesetz der Konkurrenz heißt Profitmaximierung *um jeden Preis*. Wer davor zurückschreckt, dort zu produzieren, wo zum niedrigsten Lohn am längsten gearbeitet wird; oder die preiswertesten Rohstoffe zu kaufen, weil sie durch Kinderarbeit gewonnen werden, kann nicht mehr so preiswert verkaufen wie die skrupellosen Konkurrenten. Schnell sinkt der Marktanteil, es droht die Pleite oder der Aufkauf.

Der Staat regelt

Pfiffige Geschäftsleute gehen also überall dorthin, wo man Kosten sparen oder Einnahmen steigern kann. Dort gibt es aber auch Probleme: Gesetze, die die Arbeiter*innen oder die Natur schützen. Einwohner*innen, die sich gegen den Raubbau stellen.

ANZEIGE

Wolfgang Gehrcke / Christiane Reymann (Hg.)
Ein willkommener Krieg?
NATO, Russland und die Ukraine
231 Seiten | € 14,90 | 978-3-89438-801-0

Warum stand von Anbeginn medial im Abseits, wer auf Verhandlungen drängte, statt auf Waffenlieferungen? Im Spannungsfeld zwischen Diplomatie und Militarisierung, zwischen Sanktions- und Rohstoffpolitik fragen die Autor*innen auch nach Folgen hierzulande. Sie fühlen einer ›Zeitenwende‹ auf den Puls.

Jürgen Wagner
Im Rüstungswahn
Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung
212 Seiten | € 16,90 | 978-3-89438-791-4

Mit der ›Zeitenwende‹ wurde das größte Aufrüstungsprogramm seit Jahrzehnten vom Zaun gebrochen, und das von langer Hand: Politisch durch immer offener artikulierte Großmachtansprüche, militärisch durch einen Umbau der Bundeswehr, industriell durch die ›Agenda Rüstung‹. Höchste Zeit für Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung.

PapyRossa Verlag

Foto: by op23 on Unsplash

Oder Politiker*innen, die behaupten, dass ihr Land einen Teil der Profite behalten sollte, wenn man dort Geschäfte macht. Dann wird die Regierung im Heimatland gebeten, sich für das Unternehmen einzusetzen. Schließlich ist es im Interesse des Landes und damit der Regierenden, dass es einer Volkswagen AG, einer Bosch GmbH gut geht. Sie sind für jeweils hunderttausende Arbeitsplätze verantwortlich. Deswegen muss die Regierung nicht immer explizit um Intervention gebeten werden. Sie setzt sich sowieso dafür ein, dass die Arbeitgeber in ihrem Land eine gute Position im globalen Wettbewerb genießen.

Es werden Abkommen unterschrieben, die die Interessen der Firmen sichern. Dadurch geraten die jeweiligen Staaten in Konkurrenz miteinander: Wer sichert für seine Kapitalist*innen die besten Konditionen, den größten Marktanteil? Die Konkurrenz wird zunächst diplomatisch geschürt, es droht aber immer der Krieg – die sogenannte »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«. Den Zugang zu Rohstoffen, Arbeitskräften und Absatzmärkten zu sichern, wird Teil der Staatsräson. Eine solche Durchsetzungskraft erfordert eine entsprechende Militärmaschinerie.

Der militärisch-industrielle Komplex

Moderne Kriege hängen eng mit der Wirtschaft zusammen. Ein Staat kann sich militärisch erst durchsetzen, wenn er unabhängig von anderen genug produzieren kann, um weiterzukämpfen, wenn ein Krieg die Lieferketten erschüttert. Entscheidend ist hierfür die Rüstungsproduktion. Die Politik muss sich also auch in Friedenszeiten um die eigene Kriegsindustrie kümmern, damit sie im Ernstfall einsatzbereit ist. In einem profitorientierten Wirtschaftssystem mit privater Waffenindustrie wird es noch heikler. Damit diese nicht pleitegeht, muss sie auch in Friedenszeiten Waffen produzieren und verkaufen – vor allem an den eigenen Staat, der ebenso Interesse an einer hochgerüsteten, modernen Armee hat. Diese Interessengemeinschaft zwischen Politik und Rüstungsindustrie nennt man militärisch-industriellen Komplex.

Die militärische Macht, die mit der Hochrüstung entsteht, spielt dann in die wirtschaftliche Konkurrenz hinein. Niemand will sich mit dem großen Schlägertyp anlegen, dafür braucht es keine offenen Drohungen. Staaten, die militärisch unterlegen sind, können sich dementsprechend bei Verhandlungen kein großes Stück vom Kuchen abschneiden. Sie bekommen nur Krümel von den Großmächten, und nur solange sie sich benehmen und die Mächtigen nicht ärgern. Es entstehen »Einflussbereiche«: Schwächere Staaten ordnen sich den stärkeren unter, um vor deren Militär sicher zu sein und vom großen Stück Kuchen ein paar Krümel zu erhalten.

Für billige Klamotten geknechtet

Nun hast du, genau wie ich, denkbar wenig davon, dass deutsche Konzerne ihren Reichtum aus ärmeren Weltteilen schöpfen können. Doch geht es uns in Deutschland tendenziell besser als den Menschen in schwächeren Staaten. Diese können sich nicht gegen »unsere« Konzerne und Regierungen durchsetzen. Sie produzieren, beispielsweise in Bangladesch, unter unfassbar elenden Bedingungen billige Waren. Manche Staaten können nicht einmal ein Mindestmaß an politischer Stabilität sichern, wie etwa die Demokratische Republik Kongo. Kein Wunder, dass viele Menschen hierzulande auf den Staat und seine Macht beharren. Damit geht es ihnen nämlich besser als denen, die ihre Kleidung nähen oder die Rohstoffe für ihre Handys abbauen. Konsequente Sozialist*innen wissen aber, dass dieses System trotzdem *nicht* in unserem Interesse wirkt, und stellen sich jeglicher Kriegstreiberei entgegen. Die Macht, die die Superreichen durch die globale Konkurrenz gewinnen, sorgt auch dafür, dass wir frieren dürfen, während sie Krisengewinne feiern (siehe S. 10-11). Wenn wir uns ihnen anschließen, garantieren wir nur, dass sie uns weiter knechten.

Der Kapitalismus schenkt uns keinen Frieden

Doch wenn die Superreichen und ihnen wohlgesonnene Politiker*innen eines können, so ist es ihr Image zu pflegen. Statt des alten Imperialismus, der sich als »Zivilisierungsmission« oder als »*white man's burden*« verkaufte, nennt sich der neue nun »wertebasiert«. Wenn sich imperialistische Ziele mit solchen Werten zu decken scheinen, lesen wir davon täglich in der Zeitung. Wo sie das nicht tun, und die Nato und ihre Verbündeten systematisch Völkerrechtsverletzungen begehen (wie im Jemen oder Nordsyrien), schweigen unsere Medien.

Die Imperialist*innen der »anderen Seite« werden als die großen Bösewichte dargestellt, unsere als die Held*innen der Demokratie. Diesen Erzählungen der Mächtigen dürfen wir nicht auf den Leim gehen. Was immer sie auch von ihren *Absichten* erzählen; wir wissen, was ihre *Interessen* sind – und unsere sind es nicht! Auch Waffen, die für einen scheinbar guten Zweck abgesegnet werden, können morgen für einen ganz anderen eingesetzt werden. Ein Militärbündnis macht selbst im besten Fall die Welt nur für diejenigen sicherer, die ihm angehören. Alle andere müssen sich vor ihm fürchten – oder eigene Bündnisse schmieden, die wiederum uns bedrohen.

Eine Weltordnung, deren Regel die grenzenlose Konkurrenz ist, kann keine friedliche Welt grenzenloser Kooperation schaffen. Eine friedliche Welt braucht eine Wirtschaftsform, deren Grundsatz Demokratie ist. In der wir kollektiv entscheiden, was, unter welchen Umständen und in welcher Menge produziert wird. Der Kapitalismus schenkt uns keinen Frieden – schenken wir ihm ebenso keinen! ★

Michael Sappir studiert Philosophie in Leipzig und setzt sich gegen jeden Militarismus ein.

Foto: »Annalena Baerbock«, Dirk Vorderstraße, CC BY 3.0

Was ist feministische Außenpolitik?

Kristina Lunz, Mitbegründerin des *Centre for Feminist Foreign Policy*, versucht in ihrem Buch das Konzept der feministischen Außenpolitik greifbar zu machen. **Mara** hat es gelesen und weiß immer noch nicht so genau, was man sich darunter vorstellen soll.

Seit dem Beginn des Ukrainekrieges wächst in Mittel- und Westeuropa das Bedürfnis nach einer neuen Sicherheitspolitik. Viele hofften auf das Geschick der neuen Ampelregierung. Diese hatte bereits in ihrem Koalitionsvertrag eine »wertebasierte« Außenpolitik versprochen, die Außenministerin Annalena Baerbock kündigte gar eine »feministische Außenpolitik« an.

Das Konzept war damals schon nicht neu. Das britisch-deutsche *Centre for Feminist Foreign Policy* (CFFP) bearbeitet als Denkfabrik bereits seit 2016 diese Thematik wissenschaftlich. Dessen Mitbegründerin Kristina Lunz hat Anfang 2022 ein Buch zu feministischer Außenpolitik herausgegeben, mit dem entsprechenden Titel »Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch«.

Nur ein Anfang

Sie gibt einen aktuellen Stand der Rolle der Frauen in der Diplomatie, beispielsweise in Sicherheitspolitik, Gesundheits- und Klimapolitik sowie die Abrüstung. All diese Themenfelder bearbeitet Lunz mit großer Fachkenntnis und auch mit persönlichen Einblicken in die diplomatische Arbeit. Es ist spannend, ihre Ausführungen zu lesen, beispielsweise wenn sie über Bemühungen der UN zur Verbesserung der Rechte von Frauen und LGBTIQ-Personen oder den Arbeitsbedingungen queerer Diplomat*innen berichtet. Außerdem ist ihre Perspektive interessant, Außenpolitik nicht von Staaten oder Regierungen her zu denken, sondern Zivilbevölkerung und lokale Akteur*innen einzubeziehen, da diese einem sozialerem Verständnis von Außenpolitik sehr nahekommt. Dieses Verständnis sollte allerdings nur ein Anfang sein, um Außenpolitik komplett neu zu denken und vollkommen auf die Zivilbevölkerung zu zentrieren.

Inhaltlich fehlt dem Buch der Mut zur Tiefe. Das Konzept der feministischen Außenpolitik selbst wird nie explizit erklärt und der Kern feministischer Außenpolitik – die drei Rs: Repräsentation, Rechte, Ressourcen – kommen nur am Rande vor. Lunz hätte ihren Leser*innen mehr Detailwissen zutrauen können. Eine wirkliche Ideengeschichte von feministischer Außenpolitik hätte dem Buch sehr gutgetan, denn es geht häufig um die Praxis, aber leider etwas wenig um die Theorie oder die aktuellen Diskurse. Ein solcher inhaltlicher Teil hätte dem Verständnis der Praxis sehr geholfen. Als Einführungswerk eignet es sich daher nicht.

Für die wenigsten *relatable*

Im Text versucht sie ihre Beschreibungen mit persönlichen Anekdoten zu durchweben, vermutlich um so einen unmittelbaren Zugang zu schaffen. Allerdings funktioniert das selten, denn die Arbeit in der Diplomatie ist für die wenigsten *relatable*. Für mich als feministisch Aktive war das Buch insgesamt leider eher enttäuschend. Vielleicht weil es nicht für Feminist*innen geschrieben wurde, die sich nicht mit Internationalen Beziehungen auskennen – aber darüber scheint sich das Buch selbst nicht im Klaren zu sein. Der Titel erregt zwar die Aufmerksamkeit einer jeden Feminist*in, allerdings fängt Lunz vom feministischen Urschleim an und erklärt beispielsweise die Entstehung des Patriarchats, oder dass der Klimawandel menschengemacht ist. Soll das Buch also eher von Menschen gelesen werden, die sich mit Außenpolitik beschäftigen und diese feministischer gestalten wollen? Dafür ist das Format zu populärwissenschaftlich, mit vielen Wiederholungen und Versuchen eines persönlichen Zugangs. Das Buch hat beide Seiten, und es würde ihm guttun, sich für eine zu entscheiden, oder klarer zwischen ihnen zu unterscheiden.

Kein Standardwerk über feministische Außenpolitik

Auch die häufigen Berichte über die Arbeit des CFFPs oder von Lunz haben mich wenig interessiert, da ich diese aufgrund der fehlenden theoretischen Grundlage nur schwer einordnen kann. Ein Standardwerk über feministische Außenpolitik mag dieses Buch nicht werden, über das CFFP vielleicht schon eher. Dennoch ist es ein spannender Einblick in eine Außenpolitik jenseits von Machtblöcken, und ich freue mich auf weitere Veröffentlichungen zu diesem Thema. ★

Christina Lunz: Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch. Econ Verlag. Hardcover. 448 Seiten. 22,99€. ISBN 978-3-430-21053-9

Mara Luise Günzel studiert Museumswissenschaften in Leipzig und schreibt über Queere, insbesondere Trans und lesbische Kämpfe. Sie wünscht sich mehr FLINTA*s in der Diplomatie, aber es kommt darauf an, wie sie die Welt verändern.

Foto: by Paul Levesley on Unsplash

Streamer*innen aller Länder, vereinigt euch!

Vielen von uns sind die Videos bekannt, in denen etwa Streamer Knossi ausrastet, weil er bei Razor Shark dank dreier Algen („Alge – Alge – Alge“) live gewonnen hat. Doch damit ist jetzt Schluss. Nach dem erfolgreichen Arbeitskampf einiger Twitch-Streamer*innen verbietet die Amazon-Plattform nun das Glücksspiel auf ihren Seiten.

Twitch hat einen rasanten Aufstieg hingelegt. Anfang der 2010er Jahre handelte es sich noch um eine vergleichsweise kleine Website, auf der man Menschen beim Zocken zuschauen konnte. Mittlerweile bedient Twitch mit durchschnittlich 2,5 Millionen Zuschauer*innen täglich keine Nische mehr, sondern spielt in einer Liga mit YouTube und TikTok. Gab es auf Twitch anfangs fast nur Videospiele zu sehen, finden sich dort nun auch reihenweise andere Inhalte: Kunst, Politik, *Adult Content* und – wie bereits erwähnt – Glücksspiel.

Finanziert werden die Gambling-Streams teilweise durch die Glücksspielanbieter*innen selbst. So entfällt das »Berufsrisiko« und Streamer*innen können scheinbar endlos die Würfel tanzen lassen. Weil häufig nur die Gewinne gezeigt und die Verluste verschwiegen werden, entsteht der Eindruck eines lukrativen Geschäfts. Mit Promocodes, die den Spieleinstieg erleichtern und von Streamer*innen oft als »exklusives Geschenk« an die Fanbase verteilt werden, animiert man die meist jungen Zuschauer*innen selbst zum Spielen.

Mitte September flammte die Diskussion darum wieder auf, als bekannt wurde, dass der Streamer *Sliker* scheinbar seit Monaten andere Streamer*innen um Geld gebeten hatte, um seine Glücksspielsucht zu finanzieren. Daraufhin drohten einige der erfolgreichsten Namen der Plattform, darunter *Pokimane* (9,2 Millionen Follower*innen), zu streiken, falls Twitch weiterhin Gambling-Streams anböte. Das zeigte Wirkung: Ab Oktober verbietet die Plattform das Streamen von Online-Slot-Maschinen, Roulette und Würfelspiel.

Eine Streamerin macht nun also vor, welche Macht den Content-Creator*innen im Plattformkapitalismus doch noch zukommt. Egal ob auf TikTok, YouTube oder Instagram – reich werden die Menschen, die die Inhalte produzieren, meistens nicht. Bei den Betreibern der Seiten sieht es hingegen ganz anders aus. Auf Twitch gehen in der Regel, außer bei den großen Namen, 50 Prozent der Einnahmen der Streamer*innen an die Plattform. Diese müssten jedoch ohne den Content der Creator*innen den Laden dicht machen und sind dementsprechend auf sie angewiesen. Wie in allen anderen Bereichen, gilt es also sich zu organisieren und die Ausbeutungsstrukturen auf den Plattformen zu bekämpfen. Auf Twitch wurde gezeigt, wie es geht.

von Mara-Luise Günzel, Lea Klingberg und Moritz Menzel

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

Mach mit beim SDS!

Die Linke.SDS ist der größte sozialistische Studierendenverband Deutschlands. Wir sind an über 60 Hochschulen bundesweit organisiert und laden Dich herzlich ein, mit uns gemeinsam die Hochschulen und die Welt zu verändern!

Diese wird immer ungerechter und die Klimakrise bedroht uns mittlerweile auch in Deutschland ganz akut – der Kapitalismus kann als System nur versagen. Auch die Inflation hat die soziale Lage von Studierenden verschärft und treibt immer mehr von uns weiter an die Armutsgrenze. Während Politiker*innen uns Energiespartipps geben, machen sich Konzerne ihre Taschen mit Profiten voll. Wir stellen uns dem gemeinsam entgegen und entwickeln Ideen für eine bessere Zukunft.

Eine solidarischen Gesellschaft können wir nur gemeinsam erkämpfen. Dafür braucht es eine starke sozialistische Stimme an den Hochschulen, in der Gesellschaft und vor allem braucht es jede und jeden Einzelne*n. Wir freuen uns auf Dich! Schau' gerne auf unserer Homepage vorbei, folg' uns auf Social Media, komm' zu einem der Plena unserer Ortsgruppen und mach mit!

INSTAGRAM:
@dielinke.sds
@critica.zeitung

TWITTER:
@linkesds
@critica_zeitung

WEBSITE:
www.linke-sds.org
www.critica-zeitung.de

SO ERREICHST DU UNS:
INFO@LINKE-SDS.ORG
030/24009134

Bye, bye, Waschlappen!

Politiker*innen fordern uns dazu auf, in der Krise sparsam zu leben. Dieser Spieß lässt sich jedoch umdrehen. Die critica-Redaktion hat keine Mühen gescheut und präsentiert euch hier unsere besten Spartipps an die Regierung:

1

Fahrradpflicht für Bundestagsabgeordnete bei Dienstreisen!

Dienstwagen und persönliche Chauffeur*innen werden abgeschafft. Wenn man den Sohn mitnehmen will, geht auch ein Tandem.

2

Christian Lindner als Bundesfinanzminister durch eine Zierpflanze ersetzen!

Wir empfehlen einen Ginkgo. Der sieht schön aus, nimmt CO2 auf und spart beim gleichen Arbeitspensum ca. 20.000€ im Monat.

3

Schloss Bellevue zum Gemeinwohlzentrum umbauen!

Der Bundespräsident darf stattdessen jetzt in einem gemütlichen Appartement in Neukölln residieren. Im neuen Zentrum gibt es Marx-Lesekreise und Küche für Alle.

4

Heizung aus im Bundestag! Pullipflicht im Plenum.

Die Grünen können schonmal mit dem Stricken anfangen. Bei Nichtbeachtung dürfen die Abgeordneten auf den oberen Rängen kuscheln.

5

Bundeswehr zurück ins Mittelalter!

Panzer und Flugzeuge brauchen zu viel Sprit. Stattdessen wird die Truppe mit neuwertigen Rammböcken und Belagerungstürmen ausgestattet.

6

Abgeordnetenbüros zu Co-Working-Spaces umfunktionieren!

Pro Fraktion nur noch maximal 39 Büros. Statt hunderter Mitarbeiter*innen gibt es dann als Benefits einen Tischkicker und einen Obstkorb.

7

In der Bundestagskantine nur noch Veganes aus dem Container!

Statt reichhaltigem Fleischangebot gibt es nur noch gerettetes Essen. Das ist gesund und treibt die AfD bestimmt auf die Palme (und vielleicht sogar aus dem Bundestag).

ISSN 2751-9902